



philippinenbüro im Asienhaus e.V.



Aide Memoire

Februar 2010

Rohstoffe für die Reichen – Menschenrechtsverletzungen für die Armen?

Zu menschenrechtlichen Folgen des Rohstoffbooms für rohstoffreiche Entwicklungsländer und zur Verantwortung Deutschlands

„Alle Völker verfügen frei über ihre Reichtümer und Bodenschätze. Dieses Recht soll ausschließlich im Interesse der Bevölkerung ausgeübt werden. In keinem Fall darf ein Volk dieses Rechtes beraubt werden.“

Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker, Art. 21

Leider sieht die Realität in vielen Rohstoffe exportierenden Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas völlig anders aus, als es der genannte Artikel der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker vorsieht. Das vorliegende Aide-Memoire befasst sich mit den Chancen, vor allem aber den Risiken extraktiver Industrien für Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte. Es stellt den engen Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Entwicklung in den Mittelpunkt und betont die Unteilbarkeit und Interdependenz aller Menschenrechte. Denn gerade dort, wo lokale Gemeinschaften, indigene Völker, Einzelpersonen oder Organisationen der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern gegen die Verletzung ihrer Rechte durch Großprojekte protestieren und sich aktiv für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen, werden sie oft wegen dieses Einsatzes in ihren bürgerlichen und politischen Rechten verletzt. Drei Länderbeispiele erläutern diesen Zusammenhang. Schließlich formuliert das Aide-Memoire Empfehlungen für eine an den Menschenrechten orientierte, kohärente deutsche Außenwirtschafts- und Rohstoffpolitik.

Misereor, Brot für die Welt, GPFE, FIAN, Germanwatch, BICC, tdh, NMRZ, AG Tschad, Philippinenbüro

Kontakt: Elisabeth Strohscheidt, Misereor, Abteilung Entwicklungspolitik, Mozartstr. 9, 52064 Aachen, e-mail: elisabeth.strohscheidt@misereor.de; Tel.: 0241 – 442 577, fax: 0241 – 442 505, www.misereor.de

I. Zu den menschenrechtlichen Folgen des Rohstoffbooms für rohstoffreiche Entwicklungsländer und zur Verantwortung Deutschlands

Hintergrund

In mehr als 50 Entwicklungsländern werden Rohstoffe in signifikantem Umfang gefördert. Trotz des Falls der Rohstoffpreise in Folge der globalen Krise des Bankensystems sind die Preise in den letzten Jahren insgesamt gesehen für viele Rohstoffe gestiegen; mit erneuten Preissteigerungen und knapper werdenden Ressourcen ist zu rechnen. Dies gilt nicht nur für Energierohstoffe wie Öl und Gas, sondern auch für wichtige metallische und nicht-metallische Rohstoffe, auch solche für „Zukunftstechnologien“ benötigte wie Gallium, Indium, Germanium, Neodym, Platin, Tantal oder Kobalt. Diese Stoffe werden u.a. in Medizin- und Lasertechnik eingesetzt, in der Dünnschicht-Photovoltaik, bei der Herstellung von Brennstoffzellen, Lithium-Ionen-Akkus, Elektromotoren oder unseren Handys. Auch diese Rohstoffe kommen zum großen Teil aus Entwicklungsländern.

Das Potenzial vieler Entwicklungsländer, ihren Rohstoffreichtum für die Armutsbekämpfung im eigenen Land zu nutzen – und damit u.a. die Rechte ihrer Bevölkerung auf Nahrung, Gesundheit, menschenwürdiges Wohnen, Arbeit, Bildung, politische Partizipation nach und nach zu verwirklichen - ist also groß. Doch die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in den Förderländern sieht erschütternd aus: Über die Hälfte von ihnen lebt nach wie vor in Armut. Paradoxe Weise nehmen Armut, Staatszerfall, Gewalt und Korruption mit der Rohstoffausbeute oft sogar zu. Zwangsvertreibungen und unzureichende Entschädigungen führen zur Verletzung des Rechts auf Nahrung und menschenwürdiges Wohnen; Landrechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften werden verletzt. Die mit Bergbau und Erdölförderung oft verbundenen erheblichen Umwelterstörungen führen zur Verletzung des Rechts auf Gesundheit. Die Gewinne aus Rohstoffförderung und –export landen nach wie vor meist in den Taschen korrupter Eliten und transnationaler Konzerne, ohne dass die Mehrheit der Menschen in den Förderländern am Reichtum teil hätte. Während in den Camps der transnationalen Konzerne beste infrastrukturelle Bedingungen herrschen, leben die Menschen in den Abbau- und Fördergebieten oft ohne Strom und sauberes Trinkwasser. Krankenhäuser und Schulen sind Mangelware.

Doch die Betroffenen sehen dem Geschehen nicht tatenlos zu. Sie fordern ihre Regierungen auf, die international eingegangenen Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz ihrer Menschenrechte auch zu erfüllen. Und sie setzen sich beispielsweise im Rahmen der Kampagne „*Publish What You Pay*“ für die Transparenz der Zahlungsflüsse ein: ein erster und notwendiger Schritt, um die Korruption zu bekämpfen. Außerdem fordern sie die Offenlegung von Informationen sowie Mitsprache über die Mittelverwendung.

Mit Sorge stellen die zehn dieses Aide-Memoire gemeinsam tragenden Menschenrechts-, Nichtregierungs- und kirchlichen Organisationen jedoch fest, dass insbesondere diejenigen, die sich im Rahmen von Großprojekten gegen Zwangsvertreibungen, für eine angemessene Entschädigung der Betroffenen, für Achtung, Schutz und Erfüllung des Rechts auf Nahrung, auf Gesundheit, auf menschenwürdiges Wohnen und für die Umsetzung des „*free, prior and informed consent*“ einsetzen, oft selbst - im wahrsten Sinne des Wortes - zur „Zielscheibe“ werden. Soziale Bewegungen werden kriminalisiert, MenschenrechtsverteidigerInnen gezielt verfolgt, eingeschüchtert, verhaftet, misshandelt oder gar gefoltert oder umgebracht. Dies geschieht durch staatliche wie private Sicherheitskräfte und häufig mit Wissen und Duldung staatlicher Stellen, die im Interesse großer Investitionen aus dem Ausland die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung missachten.

Die Mitverantwortung Deutschlands

Deutschland trägt eine Mitverantwortung für Exploration und Abbau extraktiver Rohstoffe in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Es trägt diese Verantwortung als wichtiges Importland, aber auch über die Finanzierung von Erdöl-, Erdgas- und Bergbauprojekten durch private deutsche Banken und öffentliche Finanzinstitute. Neben den bilateralen Beziehungen hat Deutschland auch als einflussreiches Mitglied von Weltbank und IWF, über die regionalen Entwicklungsbanken sowie über Sitz und Stimme in der UN und der EU eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich für eine größere Ressourcengerechtigkeit sowie für die Menschenrechte achtende Explorations- und Abbaubedingungen in den Exportländern einzusetzen.

Die politische wie finanzielle Unterstützung der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) durch Deutschland und das Eintreten für mehr Verbindlichkeit dieser Initiative sind wichtig und sollten fortgesetzt werden. Auch andere Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – so u.a. das Pilotprojekt zur Zertifizierung von Handelsketten (z.B. von Coltan/Tantal aus Ruanda) und Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvollen Bergbaus in der Mano-River-Region - sind Schritte in die richtige Richtung. Allerdings reichen sie bei weitem nicht aus.

Eine große Herausforderung stellt das Auftreten neuer „global player“, allen voran China, dar. Die Konkurrenz auf den Rohstoffmärkten erhöht sich dadurch zusehends. Es gilt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Dialogprozesse in Gang zu setzen, die verhindern, dass dies zu einem „run to the bottom“ bei der Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards führt. Das vorliegende Aide-Memoire schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, die ergriffen werden können (s. S. 8 (Empfehlungen)). Auch die Abschlusserklärung des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 7. Juni 2007 weist mit der Agenda der „Entwicklung eines konsolidierten Paktes von Grundsätzen und Leitlinien, die für den international betriebenen Bergbau in Entwicklungsländern gelten“ in die richtige Richtung. (s. u.a. Abs. 84 ff der Erklärung). Wir beobachten jedoch mit Sorge, dass die Bundesregierung die Umsetzung der Beschlüsse von Heiligendamm nicht mit dem nötigen Nachdruck weiterverfolgt hat.

Importland Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße von Rohstoffimporten abhängig. In der Rohstoffversorgung für die chemische Industrie, die metallverarbeitende Industrie und zur Deckung des Energiebedarfs hängt Deutschland zu über 90 % von Importen ab. Bei einigen importierten Rohstoffen lässt sich eine Konzentration auf einzelne Herkunftsländer feststellen. So kommen über 40 % der deutschen Kupferimporte aus Chile, gefolgt von Peru und Argentinien. Über 77 % der Bauxitimporte kamen 2006 aus dem afrikanischen Guinea, Eisen zu über 55 % aus Brasilien, Chrom vor allem aus Südafrika. Bei der Steinkohle wird Deutschland in wenigen Jahren zu 100 % von Importen abhängen, in steigendem Maße auch aus Konfliktländern wie Kolumbien. Auch die o.g. Rohstoffe für Zukunftstechnologien lagern zum größten Teil in Entwicklungs- und Schwellenländern, darunter China. Wer in solchem Umfang Rohstoffe importiert wie Deutschland, ist geradezu verpflichtet, Sorge zu tragen, dass die Importe unter menschenwürdigen Bedingungen gewonnen und gehandelt werden.

Ein großes Defizit besteht darin, dass bislang – national wie international - länderbezogene Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten für Unternehmen und Banken fehlen. Wie viel Steuern deutsche – und andere - Unternehmen in einzelnen Entwicklungsländern zahlen, wie viel Gewinn sie dort machen und in welchem Umfang Kredite von (deutschen) Banken in den Rohstoffsektor einzelner Ländern fließen, muss bisher nicht systematisch publik gemacht werden. Diese Angaben sind aber unverzichtbar, wenn sichergestellt werden soll, dass der Ressourcenreichtum der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auch der dortigen Bevölkerung zugute kommt. Mit anderen Worten: wenn sichergestellt werden soll, dass u.a. die Menschenrechte auf Nahrung, auf Gesundheit, Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit oder men-

schenwürdiges Wohnen für die Mehrheit der Bevölkerung der Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer nach und nach verwirklicht werden sollen - so wie es der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als Anspruch und Ziel formuliert hat.

Finanzierung durch deutsche Banken und Finanzinstitute, Außenwirtschaftsförderung

Deutsche Privatbanken und öffentliche Finanzinstitute spielen für die globalen Rohstoffmärkte eine wichtige Rolle. Deutsche Banken gehören zu den wichtigsten Finanziers der großen Erdöl- und Ergaskonzerne und waren an fast allen Megafusionen beteiligt, die in den letzten Jahren im globalen Bergbausektor stattfanden. Sie waren somit Förderer und Nutznießer des weltweiten Konzentrationsprozesses, den die rohstoffabhängige deutsche Industrie voll Sorge betrachtet. Zu wichtigen Geschäftspartnern deutscher Banken zählen u.a. russische und zunehmend auch chinesische Erdöl- und Gaskonzerne. In jüngster Zeit finanzierten die Banken auch verstärkt Projekte auf dem afrikanischen Kontinent, wie z.B. die Errichtung der größten afrikanischen Kupfermine in Sambia und Vorhaben des angolanischen Ölkonzerns Sonangol. Unterstützt werden sie dabei von der Bundesregierung, die gezielt ihr Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung, insbesondere Kredit- und Investitions Garantien, einsetzt, um die Energie- und Rohstoffversorgung Deutschlands abzusichern. Die Befolgung der Transparenz-Prinzipien der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) ist bislang dabei ebenso wenig Bedingung für die Vergabe staatlicher Garantien und Bürgschaften wie die explizite Selbstverpflichtung zur Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Die deutsche Rohstoffstrategie

Angesichts steigender Preise und härter werdender Konkurrenzen auf den Rohstoffmärkten der Welt, die vor allem durch die Endlichkeit der vorhandenen fossilen Rohstoffe wie durch das Auftreten neuer „global player“ wie Indien und China, verursacht sind, fordert die deutsche Industrie seit einigen Jahren flankierende Maßnahmen durch Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik zur Unterstützung deutscher Rohstoffinteressen. Vor diesem Hintergrund stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress im März 2007 in Berlin die „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vor. Zwar werden die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in den Elementen als ein Kriterium für die Vergabe von Mitteln der Außenwirtschaftsförderung im Rohstoffbereich genannt. Doch wenig bis nichts wird dazu gesagt, wie dies umgesetzt werden soll. Die „Zwischenbilanz der Rohstoffaktivitäten der Bundesregierung“ vom Juli 2008 legt dann noch deutlicher den Schwerpunkt auf den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Industrie. Mit Sorge erfüllt die AutorInnen des vorliegenden Aide-Memoires die starke Fokussierung auf deutsche Wirtschaftsinteressen. So wichtig und richtig es ist, von der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unterstützende Maßnahmen bei der Herstellung rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen (good governance) in den Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländern zu erwarten und einzufordern, so muss es doch vorrangiges Ziel der EZ bleiben, einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten – unabhängig davon, ob das Land, auf den sich die entsprechende Maßnahme der EZ richtet, wichtig oder unwichtig für die Versorgung Deutschlands mit den benötigten Rohstoffen ist. Im Rahmen einer kohärenten Menschenrechtspolitik muss natürlich auch umgekehrt die Frage gestellt werden: was tragen deutsche Außen-, Außenwirtschafts- und Wirtschaftspolitik bei, um die Armut in den Entwicklungsländern zu bekämpfen und Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte für die dortige Bevölkerung zu fördern? Allein schon aus diesem Grund wäre zu begrüßen, wenn der Interministerielle Ausschuss Rohstoffe neben der Expertise aus der Wirtschaft künftig auch zivilgesellschaftliches Know-how verstärkt und systematisch in seine Arbeit einbezöge. Unstrittig ist die Tatsache, dass gute Regierungsführung in vielfacher Hinsicht nützt: sie dient den Menschenrechten und der Armutsbekämpfung und sie fördert politische Stabilität, Frieden und ein gutes Investitionsklima in den rohstoffreichen Entwicklungsländern.

II. Einsatz für Menschenrechte im Umfeld extraktiver Großprojekte – eine Gefahr für Leib und Leben der Menschenrechtsverteidiger

Die Länderbeispiele Tschad, Philippinen und Peru

Das Beispiel Tschad

Seit 2003 fördert der Tschad Erdöl. Die Förderung war durch die finanzielle Beteiligung der Weltbank möglich geworden. Die tschadische Zivilgesellschaft hatte zum Zeitpunkt der anstehenden Entscheidung (1999) gefordert, den Vorbereitungen mindestens zwei weitere Jahre Zeit zu geben – um die Bevölkerung besser auf die Umwälzungen vorbereiten zu können, um die zuständigen tschadischen Behörden aufzubauen und für ihre neue Aufgabe zu qualifizieren und um den gesetzlichen Rahmen für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes zu schaffen. Für die tschadische Regierung waren dies unzumutbare Forderungen. Auch die an der Förderung interessierten Unternehmen drängten auf einen zügigen Beginn des Projektes. Die Folge: der Druck auf die Zivilgesellschaft wurde erhöht, es kam zu gewaltsamen Übergriffen, AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen wurden bedroht und mussten wegen der Gefahr für Leib und Leben vorübergehend außer Landes gebracht werden. Trotz dieser Vorkommnisse, aller berechtigten Bedenken der Zivilgesellschaft sowie der erkennbaren Winkelzüge der tschadischen Regierung beschloss die Weltbank im Juni 2000, das Projekt zu fördern. Auch die Bundesregierung stimmte dem zu.

Da der Tschad ein Binnenland ist, war der Bau einer Pipeline notwendig, um das gewonnene Erdöl für den internationalen Markt zugänglich zu machen. Die über 1.000 km lange Pipeline führt von der Förderregion Doba zum eigens errichteten Offshore-Terminal an der kamerunischen Atlantikküste. Der Terminal besteht aus einem einwandigen Tanker, 12 km vor der Küste Kribis gelegen, einer von Naturschutzgebieten umgebenen kleinen Hafenstadt, die von ihren schönen Stränden, dem Tourismus und vom Fischfang lebt. Für die Erschließung der Ölfelder und den Bau der Pipeline wurden insgesamt 4,2 Mrd. US\$ aufgewendet - die bis dahin größte Privatinvestition in Subsahara-Afrika. Die Weltbank sah in dem Projekt großes Potenzial für einen volkswirtschaftlichen Aufschwung in beiden Ländern. Vor allem der Tschad sollte von den Erdöleinnahmen profitieren und dadurch die Lebensbedingungen seiner Einwohner deutlich verbessern können. *„Der Erfolg des Tschad-Kamerun Öl- und Pipeline-Projektes wird nicht an der Zahl der geförderten Barrel Öl oder an den Millionen Dollar Erdöleinnahmen des Tschad gemessen werden, sondern daran, was das Projekt zur Reduzierung der Armut im Land beigetragen hat.“* So ein Gutachten der Weltbank zum Projekt vom 20. April 2000.

Die Bilanz nach rund 7 Jahren Förderung ist mehr als ernüchternd. Das Projekt hat nicht zur Entwicklung des Landes und Reduzierung der Armut beigetragen. Im Gegenteil. Statt der ursprünglich geplanten rund 300 Erdölbrunnen wurden schon weit über 500 gebohrt. Der Landbedarf ist enorm. Einige Gemeinden sind von Erdölbrunnen umgeben und können ihre Felder kaum noch erreichen, weil Brunnen, Camps, Pipelines oder gesperrte Straßen im Weg sind. Der Schutz der Firmenanlagen durch private und staatliche Sicherheitskräfte stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die lokale Bevölkerung dar und schränkt deren Bewegungsfreiheit auf inakzeptable Weise ein. Nach wie vor wird überschüssiges Gas einfach abgefackelt. All dies führt dazu, dass u.a. die Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit und menschenwürdiges Wohnen verletzt werden. MenschenrechtsverteidigerInnen, AktivistInnen in lokalen Gemeinden, JournalistInnen und GewerkschafterInnen sind weiterhin systematischer Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt. Der nach den Rebellenattacken vom Februar 2008 ausgerufenen Ausnahmezustand und im Zusammenhang mit ihm erlassene Dekrete führen zu erheblichen Einschränkungen von Freiheitsrechten. Die Exploration und Förderung neuer Ölquellen verstärkt bestehende und schafft neue Konflikte – und liefert der Regierung Déby zusätzliche Einnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht und für Militärausgaben.

Das Beispiel Philippinen

Die Philippinen sind reich an Gold, Kupfer, Bauxit, Chrom, Nickel, Silber und Kohle. Der Wert der Bodenschätze des Landes wird auf 840 Mrd. US-Dollar geschätzt (Stand 2007). Dennoch gehören die Philippinen zu den ärmsten Ländern Asiens. 1995 wurde ein neues Bergbaugesetz erlassen, um Investitionen in den Bergbau zu fördern. Es sieht u.a. die Befreiung von der Unternehmenssteuer in den ersten fünf bis acht Jahren der Produktion und eine Steuerbefreiung für von diesen Firmen importierte Güter vor. Dies bedeutet erhebliche Mindereinnahmen für den Staatshaushalt. Zwar schreibt das Gesetz die Zahlung eines Förderzinses in Höhe von fünf Prozent des Marktwertes der abgebauten Rohstoffe vor, aber Untersuchungen des philippinischen Kongresses zufolge hatte die Regierung zumindest bis 2007 kaum Förderzins erhalten. Zwar garantieren die philippinische Verfassung und nationale Gesetze den rund 14 Millionen Angehörigen indigener Völker in den Philippinen, dass Bergbauvorhaben auf ihren Gebieten nur dann realisiert werden dürfen, wenn sie vorher ausreichend informiert wurden und dem Vorhaben aus freiem Willen zugestimmt haben (Prinzip des „*free, prior and informed consent*“). Im Konfliktfall wird dann jedoch anderen Gesetzen Vorrang eingeräumt, allen voran dem o.g. Bergbaugesetz. Dort, wo Betroffene sich mit friedlichen Mitteln gegen Großprojekte zur Wehr setzen, schickt die Regierung das Militär. Immer wieder werden MenschenrechtsverteidigerInnen Opfer der eskalierenden Gewalt, bis hin zum Mord. So wurde z.B. am Nachmittag des 9. März 2009 der Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Eliezer „Boy“ Billanes auf dem Marktplatz von Koronadal, einer Stadt im Süden Mindanaos, erschossen. Billanes war 46 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern. Er arbeitete für eine philippinische Partnerorganisation von Misereor. Vermutlich stand seine Ermordung im Zusammenhang mit seiner Kritik an der Art und Weise der Umsetzung eines großen Bergbauprojektes zum Abbau von Gold und Kupfer durch den in der Schweiz ansässigen Konzern Xtrata. Zuvor hatte er Drohungen erhalten und befürchtete Übergriffe des Militärs.

Seit Übernahme der Amtszeit durch Gloria Macapagal Arroyo im Jahr 2001 wurden Angaben von Nichtregierungsorganisationen zufolge über 1.100 Menschen Opfer staatlicher Gewalt; über 200 Personen verschwanden spurlos. Dank des Berichtes des UN-Sonderberichterstatters gegen extralegale Hinrichtungen, Philipp Alston, aus dem Jahr 2007 und der darin enthaltenen Empfehlungen war die Zahl der staatlichen Morde zwischenzeitlich zurückgegangen, steigt aber seit 2009 wieder deutlich an. Im Kontext der im Mai 2010 anstehenden Wahlen verloren in den letzten Monaten Dutzende Menschen ihr Leben. Seit geraumer Zeit nehmen die Kriminalisierung friedlichen Protestes und die Militarisierung ganzer Regionen zu. Wer sich kritisch gegenüber der Regierungspolitik äußert, wird in die Nähe der bewaffneten Opposition und des Terrorismus gerückt, schikaniert und oft unter falscher Anklage vor Gericht gestellt.

Aufgrund der gravierenden und zum Teil unumkehrbaren Schäden, die der Großbergbau für Mensch und Umwelt zur Folge hat, hat die katholische Bischofskonferenz der Philippinen inzwischen zu einem Moratorium für alle Großprojekte im Bergbaubereich aufgerufen. Die Art der von der philippinischen Regierung vorangetriebenen wirtschaftlichen Entwicklung auf Kosten von Mensch und Umwelt wird in den Philippinen häufig auch als „Entwicklungs-Aggression“ („*development aggression*“) bezeichnet.

Auch wenn deutsche Unternehmen nicht direkt in den Bergbau auf den Philippinen involviert sind, so wird doch eine Reihe von Projekten durch deutsche Banken finanziert. Die damalige Koordinatorin des „*Philippine Misereor Partnership*“, eines Netzwerkes von über 300 kirchlichen Gruppen, Nichtregierungs- und Basisorganisationen, forderte in einem Interview im November 2008, die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte nicht allein den Regierungen des Gastlandes aufzubürden. „*Wir erwarten*“, so Maria Lourdes Cipriano in dem Gespräch mit Misereor, „*dass auch die Heimatstaaten der Konzerne dafür Sorge tragen, dass 'ihre' Unternehmen sich keiner Menschenrechtsverletzung im Gastland mitschuldig machen.*“

Das Beispiel Peru

In Peru ist die Zahl der offiziell registrierten sozialen Konflikte während der Amtszeit von Präsident Alan García (seit 2005) von 8 auf 282 angestiegen. In der Mehrzahl handelt es sich um Umweltkonflikte im Umfeld extraktiver Projekte. Die Regierung begegnet den sozialen Konflikten mit zunehmender Repression. So wurden in den letzten Jahren zahlreiche Dekrete erlassen, die das Ziel verfolgen, die Menschen einzuschüchtern und den sozialen Protest zu unterbinden. Auf der Grundlage dieser Dekrete können Protestierende inzwischen schon wegen geringfügiger Delikte zu drakonischen Strafen verurteilt werden. So drohen z.B. Menschen, die für schuldig befunden werden, die Ausübung der Staatsgewalt zu verhindern oder die öffentliche Ruhe zu stören, bis zu 8 Jahren Haft. Die Teilnahme an öffentlichen Protestaktionen, an Straßenblockaden oder die Besetzung eines öffentlichen Gebäudes kann als Akt der „Erpressung“ eingestuft und mit Haftstrafen von 5-10 Jahren, unter bestimmten Bedingungen sogar mit bis zu 25 Jahren Haft, belegt werden. Auch präventive Haft von bis zu 72 Monaten Dauer wurde gesetzlich ermöglicht. Die zulässige Dauer von Festnahmen ohne richterlichen Beschluss wurde von 24 Stunden auf 7 Tage erhöht. Die *Coordinadora Nacional de Derechos Humanos*, der nationale Dachverband der Menschenrechtsorganisationen in Peru, verzeichnet seit Beginn der Amtszeit von Alan García einen erheblichen Anstieg polizeilicher Gewalt gegen Demonstrierende. Die Zahl von willkürlichen Festnahmen und Folterungen ist stark gestiegen.

Immer wieder kommen Menschen ums Leben. So wurde z.B. am 2.8.2006 Isidro Llanos in der Region Cajamarca von Polizisten erschossen. Er war ein bekannter Bauernführer, der sich gegen die weitere Expansion des Bergbaus stellte. Am 5.6.2009 endeten tagelange friedliche Proteste von Indigenen in Bagua mit dem gewaltsamen Einschreiten von Polizei und Militär. 33 Menschen verloren ihr Leben; mehr als 200 Menschen wurden verletzt. Die Indigenen hatten gegen eine Reihe von Dekreten protestiert, die die Ausbeutung der Rohstoffe im Amazonasgebiet erleichterten und die in der ILO-Konvention 169 verbrieften Rechte auf Konsultation weiter beschnitten. Mehrere lokale Radiosender, die über die Ereignisse berichtet hatten, wurden bezichtigt, den Aufstand unterstützt zu haben und im Anschluss an die Ereignisse von der Regierung geschlossen. Zahlreiche weitere Radio- und Fernsehsender, die über andere Konflikte im Zusammenhang mit Bergbauprojekten berichteten, wurden ebenfalls im Laufe der letzten Jahre geschlossen. Auch Nichtregierungsorganisationen (NRO), die zum Thema Menschenrechte arbeiten oder sich für die Rechte der vom Rohstoffabbau betroffenen Bevölkerung einsetzen, werden immer wieder Zielscheibe staatlicher Kontrolle und Schikane. Derzeit bereitet die peruanische Regierung ein Gesetz vor, das die Durchführung von Zwangsräumungen im Falle von Projekten von „nationalem Interesse“ erleichtern soll. Auch gibt es erste Fälle der Militarisierung von Konfliktregionen. Militärs und Polizei, die im Rahmen der „Ausübung ihrer Pflicht“ Menschen verletzen oder gar töten, genießen Straffreiheit. Einschüchterungen und Schikanen gehen z.T. auch von großen Bergbauunternehmen aus. So hat unter dem Decknamen „Operación Diablo“ z.B. das Sicherheitsunternehmen Forza des Bergbauunternehmens Yanacocha (Newmont) in Cajamarca MitarbeiterInnen der Nicht-Regierungs-Organisation Grufides über Monate bespitzeln, abhören und rund um die Uhr filmen, fotografieren und überwachen lassen. Grufides hatte sich wiederholt kritisch über Yanacocha geäußert. Obwohl der Fall zur Anzeige gebracht und die Verbindung zu Forza eindeutig nachgewiesen wurde, wurde bis heute niemand für diesen Angriff auf die persönliche Freiheit der Grufides-Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen. Das britische Bergbauunternehmen Monterrico Metals muss sich derzeit vor einem britischen Gericht verantworten, weil von ihm beauftragte Wachleute und Polizisten im August 2005 29 bergbaukritische Aktivisten und Journalisten 3 Tage lang festgehalten, gefoltert, sexuell misshandelt und einige sogar angeschossen haben sollen, als diese friedlich gegen die Politik des Bergbauunternehmens demonstrierten. Eine Person verblutete und starb.

III. Empfehlungen an die deutsche Regierung

Die deutsche Regierung sollte

- im Rahmen des *Universal Periodic Review* des UN Menschenrechtsrates Länder, aus denen die Bundesrepublik Rohstoffe importiert, befragen, wie sie die Achtung und den Schutz der Menschenrechte auch im Rahmen von Großprojekten sicherstellen
- sich für den unbedingten Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen einsetzen und dafür, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den Herkunftsländern deutscher Rohstoffimporte gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung aktiv den Dialog mit der UN-Sonderberichterstatterin für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen suchen.
- in Anlehnung an und im Geiste der Empfehlungen des UN Sonderbeauftragten zum Thema „Wirtschaft und Menschenrechte“, John Ruggie,
 - Ø die nationale Gesetzgebung dahingehend stärken, dass Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen im Gastland beteiligt waren, diese wissentlich dulden oder von ihnen profitieren, auch in Deutschland gerichtlich verfolgt werden können
 - Ø alle Projekte vor der Vergabe von Exportkrediten, Hermes-Bürgschaften sowie von Ungebundenen Finanzkrediten einer menschenrechtlichen Risikoanalyse unterziehen
 - Ø eine Selbstverpflichtung eines Unternehmens zur Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zur Voraussetzung für jegliche Art staatlicher Außenwirtschaftsförderung und der Vergabe öffentlicher Aufträge machen
 - Ø die deutsche Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in eine interministerielle Kontaktstelle umwandeln und mit den nötigen Mitteln für eine zügige und fundierte Bearbeitung der eingehenden Fallmeldungen ausstatten
 - Ø sich im Rahmen der anstehenden Revision der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen dafür einsetzen, dass die enthaltene Menschenrechtsklausel und die Bestimmungen über die Zulieferverantwortung von Unternehmen entsprechend überarbeitet und ausgeweitet sowie die Umsetzungsbestimmungen verbessert werden
 - Ø bestehende bilaterale Investitions- und Handelsabkommen daraufhin überprüfen, ob sie Klauseln enthalten, die so ausgelegt werden können, dass sie zu Menschenrechtsverletzungen führen (können) und, sollte dies der Fall sein, eine entsprechende Erklärung abgeben, die eine solche Auslegung verhindert
 - Ø neue Investitions- und Handelsabkommen mit einer „savings clause“ versehen, die sicherstellt, dass eine Interpretation des Abkommens, die den Schutz von Menschenrechten und Umwelt unterminiert, ungewollt und unzulässig ist
- vor der Vergabe von staatlichen Unterstützungen und Garantien von Unternehmen die Zusage zu verlangen, die Transparenz-Prinzipien der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) zu unterstützen und sich für deren Umsetzung einzusetzen
- sich mit Nachdruck für die Umsetzung der Beschlüsse des G8-Gipfels von Heiligendamm für eine verantwortungsvolle und transparente Rohstoffpolitik und –praxis einsetzen
- sich im Rahmen der laufenden Diskussionen in der EU-Kommission für eine verbindliche Berichtspflicht europäischer Unternehmen auch über die sozialen Folgen und Risiken ihrer Investitionen einsetzen
- sich national und international für länderbezogene Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten für Unternehmen und Banken einsetzen. Die Möglichkeit hierzu besteht zur Zeit u.a. im Rahmen der Überarbeitung des Internationalen Rechnungslegungsstandards für die extraktive Industrie (IFRS 6).